

**July 6, 1992**

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with U.S.  
President Bush over Breakfast at the Hotel Four  
Seasons in Munich on Monday, 6 July 1992**

**Citation:**

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with U.S. President Bush over Breakfast at the Hotel Four Seasons in Munich on Monday, 6 July 1992", July 6, 1992, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59736, 86-93. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. <https://wilson-center.drivingcreative.com/document/300182>

**Summary:**

Bush reports about his recent conversation with Mitterrand on the establishment of the Eurocorps and NATO's European pillar. Kohl thinks that U.S. concerns over the Eurocorps were exaggerated reiterating that the Federal Republic wanted a continued U.S. military presence in Germany and Europe. Bush complains about French reluctance to expand NATO's functions including out-of-area missions.

**Original Language:**

German

**Contents:**

Original Scan  
Transcript - German  
Translation - English

AL 2

Vfg.:Hartmann.1

86

79

**Betr.:** Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten Bush im Rahmen eines Frühstücks im Hotel Vierjahreszeiten in München am Montag, den 6. Juli 1992

Teilnehmer:auf amerikanischer Seite:

- Präsident Bush
- Außenminister Baker
- Finanzminister Brady
- Sicherheitsberater Scowcroft

auf deutscher Seite:

- Bundeskanzler Kohl
- Bundesminister Kinkel
- Bundesminister Waigel
- MD Hartmann
- MDg Neuer

Der Bundeskanzler heißt Präsident Bush herzlich willkommen. Er hoffe auf gute Gespräche bei dem bevorstehenden Gipfel.

Es sei der erste G-7-Gipfel, der die dramatische Entwicklung in der Welt wieder-  
spiegle. In London habe noch Präsident Gorbatschow die Sowjetunion vertreten,  
die es inzwischen nicht mehr gebe. Wenn man in München sei, gingen die Gedanken  
auch zurück auf das Jahr 1938, dem Vorabend des 2. Weltkrieges. Jetzt - 1992 -  
habe man gute Chancen, die Grundlagen für eine lange Periode des Friedens zu  
legen.

...

- 2 -

87

80

Er hoffe, daß man sich bei diesem Gipfel vor allem auf die Gespräche konzentrieren könne und die Zahl der Papiere drastisch reduziere. Im übrigen könne man in München nicht alle Probleme der Erde lösen.

Ferner solle man dem Namen Rechnung tragen und Wirtschaftsfragen in den Mittelpunkt stellen. Die Weltwirtschaft befinde sich noch in einer Flaute und es sei daher wichtig darüber zu sprechen was man tun könne, um die Weltwirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Das zweite wichtige Thema sei die Hilfe für die GUS und die MOE. In diesem Zusammenhang spiele die Sicherheit der Kernkraftwerke eine bedeutsame Rolle. Schließlich gehe es um die Dritte Welt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Konferenz von Rio.

Im Zusammenhang mit der politischen Erklärung solle man auch etwas Substantielles zu Jugoslawien sagen.

Präsident Bush wirft die Frage auf, wie man das Thema GATT behandeln solle. Er glaube, man sei sich im Landwirtschaftsbereich inzwischen sehr nahe. Er habe hierüber gestern abend mit Präsident Mitterrand gesprochen. Es gebe Erwartungen seitens der Presse und man müsse daher in dieser Frage etwas tun.

Der Bundeskanzler erklärt, die Lage sei schwierig. Man könne nicht einfach wie schon auf früheren Gipfeln wiederholen, daß GATT ein Erfolg werden müsse. Auch er sei der Meinung, daß man zu einem Abschluß kommen könne, wobei nicht nur der Landwirtschaftsbereich eine Rolle spiele. Er frage sich daher, ob man auf dem Gipfel nicht einen festen Termin nennen und eine Erklärung abgeben könne, wonach die Staats- und Regierungschefs erwarteten, daß bis zu diesem Termin die Sache abgeschlossen werde und daß sie alles tun würden, um dies sicherzustellen.

Präsident Bush erklärt, er frage sich, warum man nicht heute hinter den Kulissen über den Landwirtschaftsbereich sprechen könne.

Der Bundeskanzler fährt fort, er habe seinen Vorschlag, einen Termin festzulegen, vor allem mit Blick auf die Öffentlichkeit gemacht. Gleichzeitig würde eine Terminvorgabe auch großen psychologischen Druck auf jeden Beteiligten ausüben. Er würde gerne wissen, ob dieser Vorschlag vor dem Hintergrund der amerikanischen Wahlen akzeptabel sei.

...

Präsident Bush erklärt: prinzipiell ja. Die amerikanische Seite habe eine gewisse Flexibilität, wenn auch nicht viel. Man könne daher mit der Europäischen Kommission hier in München einen Versuch machen. Natürlich wolle auch er nicht, daß diese Frage zum wichtigsten Tagesordnungspunkt des Gipfels werde und man dann scheitere.

Der Bundeskanzler erklärt, er sei für alles offen, aber skeptisch, ob man hier in München Fortschritte machen könne.

AM Baker erklärt, die amerikanische Seite glaube, daß es eine Chance gebe, im Landwirtschaftsbereich einen Kompromiß zu finden - nicht allerdings in den die anderen Bereichen. Die Frage, ob man einen festen Termin setze, solle man prüfen.

Die GAP-Reform habe Fortschritte ermöglicht, vorausgesetzt die EG sei bereit, die GAP-Reform in Handelsvereinbarungen umzusetzen. Mitterrand habe angedeutet, daß dies einen Versuch wert sei.

Der Bundeskanzler wirft die Frage ein, was Mitterrand genauer gesagt habe.

AM Baker erwidert, Mitterrand habe die Auffassung vertreten, man solle einen Versuch machen. In der Frage der Getreideexporte habe Mitterrand ursprünglich auf 18 % bestanden, sei dann aber auf 20 % hochgegangen. Vielleicht sei aber noch Flexibilität drin.

Die amerikanische Seite sei damit einverstanden, daß die internen Einkommenshilfen nicht gefährdet würden. Im Gegenzug müsse die EG der amerikanischen Seite bei den Exportsubventionen entgegenkommen. Ferner sei die amerikanische Seite mit der Friedensklausel einverstanden. Schließlich könne die amerikanische Seite eine kosmetische Formel in der Frage des "rebalancing" anbieten, eine Frage, die im übrigen mehr die Deutschen als die anderen interessiere. In all diesen Fragen - einschließlich des Bananenproblems - könne man eine Übereinkunft erzielen.

Der Bundeskanzler erklärt, die Frage sei nur, wann und von wem dies gemacht werden solle.

- 4 -

89

82

AM Baker erwidert, man könne sich hier in München mit der Europäischen Kommission zusammensetzen. Dies gehe allerdings nur dann, wenn der Bundeskanzler wie auch Präsident Mitterrand mit dem grundsätzlichen Herangehen ("approach") einverstanden seien.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde die Angelegenheit mit Mitterrand aufnehmen. Es bleibe allerdings immer noch die Frage, was man tun soll, wenn Mitterrand nicht einverstanden sei.

AM Baker erklärt, wenn es gelinge, hier in München Fortschritte im Landwirtschaftsbereich zu erreichen, werde das für alle ein riesiger Erfolg sein.

Der Bundeskanzler erklärt, man sei in dieser Frage nicht weit auseinander. Er kenne aber seine Partner. Man müsse daher ein Szenario mit allen möglichen Alternativen haben, also auch für den Fall, daß in München nicht verhandelt werde. Er wiederhole daher seinen Vorschlag, daß man einen Termin nenne. Dies müsse nicht heute entschieden werden, aber er bäte doch darum, daß man sich diesen Punkt genau überlege.

Präsident Bush erklärt, das Problem liege darin, daß man einen schweren Mißerfolg riskiere, wenn dieser Termin nicht eingehalten werde.

Der Bundeskanzler erklärt, man müsse weiter über diese Frage nachdenken. Auf keinen Fall könne der Gipfel die gleiche Botschaft aussenden wie vor zwei Jahren.

Präsident Bush fährt fort, er habe mit Präsident Mitterrand auch ein gutes Gespräch über das Eurokorps gehabt. Leider habe man mit Frankreich in Sicherheitsfragen eine Reihe Differenzen. Mitterrand sei zwar der Meinung gewesen, die Amerikaner machten aus einer Mücke einen Elefanten. Er hoffe, daß man die Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich überbrücken werde.

Der Bundeskanzler erklärt, er wolle in aller Offenheit sagen, daß er den Eindruck habe, die Sache werde in Washington aufgebauscht. Er habe eine klare Position in dieser Frage. Deutschland sei Teil der NATO und brauche keinen diesbezüglichen Nachhilfeunterricht. Wir hätten unsere Treue zur NATO sowohl in Moskau als auch bei der Nachrüstung unter Beweis gestellt. Wir wünschten eine substantielle militärische Präsenz der USA in Europa.

...

Ebenso klar sei, daß wir die Europäische Union wollten. Beides sei kein Gegensatz. Im Rahmen der Europäischen Union müsse es auch eine europäische Sicherheitsidentität geben. Dies sei ohne weiteres mit der NATO in Einklang zu bringen. Präsident Mitterrand wisse im übrigen genau, daß mit Deutschland etwas anderes nicht machbar sei.

Präsident Bush erklärt, die deutsche Interpretation sei absolut in Ordnung. Leider sei die französische Interpretation davon etwas verschieden. Er habe dies Mitterrand auch deutlich gesagt, was diesem nicht gefallen habe. Frankreich nehme auch bei den Sicherheitsfragen, die in der KSZE behandelt würden, eine unterschiedliche Position ein. Wenn von Frankreich das Signal ausgehe, daß die amerikanische Präsenz in Europa nicht länger erwünscht sei, so schaffe dies - auch vor dem Hintergrund der amerikanischen Wahlen - ernste Probleme. Perot verkünde, daß die Deutschen 50 Mrd. Dollar zahlen sollten. Dies sei natürlich eine törichte Idee.

Der Bundeskanzler wiederholt, mit uns gebe es in dieser Frage keine Probleme. Er sage das gleiche in Washington wie in Paris und habe sich auch im Deutschen Bundestag immer wieder deutlich geäußert.

Das Problem sei, daß sich auch für Frankreich die Welt verändert habe. Die Bedeutung der Nuklearwaffen nehme ab. Beispielsweise stelle sich die Frage nach der Rolle der Hades.

Präsident Bush erklärt, wir benötigten weiterhin verlässliche Sicherheitsstrukturen. Niemand wisse, was in der früheren Sowjetunion noch alles passiere. Er sei gestern in Polen gewesen, wo man sich große Sorgen über das mache, was in der Nachbarschaft vorgehe.

Er habe Mitterrand ausdrücklich gefragt, ob er wünsche, daß die Amerikaner in Europa blieben. Mitterrand habe dies bejaht. Andererseits habe man immer wieder den Eindruck, daß die Botschaft laute, die USA sollten sich aus Europa zurückziehen.

Der Bundeskanzler erklärt, dies sei nicht nur ein Problem Mitterrands. Es gebe auch andere Leute in Europa, die die Frage stellten, ob die USA tatsächlich in Europa bleiben wollten. Die Frage werde nicht mit Blick auf Präsident Bush gestellt.

JK

Präsident Bush erklärt, man wolle eben nicht, daß dies passiere. Deshalb dürfe es auch keine entsprechenden Signale aus Europa geben.

Der Bundeskanzler wiederholt, er wolle, daß die Amerikaner in Europa blieben und man solle auch niemanden einen Vorwand für den Abzug liefern. Dies sei die klare Meinung hier in Europa. Auch Mitterrand wolle nicht, daß die USA sich zurückzögen, denn er wolle nicht alleine mit den Deutschen sein.

AM Baker erklärt, der Aufhänger für die amerikanische Präsenz in Europa ("the ticket to Europe") sei die NATO. Man habe die NATO an die veränderten Bedingungen angepaßt. Hierbei hätten Deutschland und die USA eng zusammengearbeitet. Leider sei Frankreich nicht bereit, die Rolle der NATO zu erweitern. Dies mache es schwieriger, zu Hause die Unterstützung für die weitere amerikanische Präsenz in Europa zu erhalten. Als Beispiel verweise er auf die schwierigen Diskussionen im Zusammenhang mit der geplanten peace-keeping-Rolle der NATO im Rahmen der KSZE. Frankreich betreibe in dieser Frage ständig Obstruktion - wie im übrigen immer dann, wenn es darum gehe, die Rolle der NATO zu erweitern.

Während Deutschland sage, daß die vorrangige Rolle des Europkorps dessen Einsatz im Rahmen der NATO sei, erkläre Frankreich, dies müsse noch ausgehandelt werden und beim Europkorps handele es sich um eine von der NATO unabhängige militärische Kraft. Im Grunde genommen wolle Frankreich die NATO schwächen.

Der Bundeskanzler erklärt, er sehe die Entwicklung in Europa anders, wobei Voraussetzung sei, daß der Vertrag von Maastricht ratifiziert werde, wovon er ausgehe. Ab Januar 1993 werde die EG in Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland, der Schweiz und möglicherweise auch mit Norwegen eintreten. Das bedeute, daß 1995 diese Länder Mitglieder der EG sein würden.

Schweden habe bereits erklärt, daß es seine Position gegenüber der NATO ändern werde. Das gleiche gelte für Finnland. Folglich werde die Europäische Union die NATO nicht schwächen, sondern stärken. Natürlich werde es eine andere NATO sein - aber dies wollten wir ja gemeinsam.

- 7 -

85  
92

AM Kinkel erklärt, ihm sei bewußt, daß Frankreich bremsen, wenn es darum gehe, der NATO eine neue Funktion zuzuweisen. Dies zeige sich insbesondere in der Diskussion um die Rolle der NATO im Rahmen der KSZE. In dieser Frage seien wir klar an der Seite der Amerikaner. Andererseits solle man auch etwas Geduld haben. Er sei zuversichtlich, daß es gelingen werde, die Sache im amerikanischen Sinne zu lösen.

Präsident Bush erklärt, er habe in diesem Punkt gewisse Zweifel. Er habe die Angelegenheit noch gestern mit Präsident Mitterrand erörtert und dabei die amerikanische Position unmißverständlich dargelegt. Präsident Mitterrand habe erklärt, sich die Sache anzuschauen.

Der Bundeskanzler erklärt, in der NATO-Frage gebe es eine klare Haltung aller Europäer - bis auf Frankreich. Dies sei aber seit 30 Jahren so. Andererseits handele es sich nicht um eine Entwicklung, die ansteckend wirke.

Er habe vor ein paar Monaten vor dem Nordischen Rat in Helsinki gesprochen und dort deutlich gemacht, daß es keine EG-Mitgliedschaft à la carte geben könne, wonach die einen für den Handel, die anderen für die Sicherheit zuständig seien. Sicherheit aber bedeute NATO.

Man habe auf dem jüngsten ER in Lissabon mit den Iren gesprochen und ihnen klargemacht, daß sie nach der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages auch ihre Sicherheitsposition überdenken müßten. Insgesamt veränderten sich daher die Dinge zum Positiven.

Präsident Bush erklärt, den USA gehe es vor allem darum, eine self-fulfilling prophecy zu vermeiden, die besage, daß sich die USA aus Europa zurückziehen würden. Genau dies tue Präsident Mitterrand, der damit dem amerikanischen Volk die falsche Botschaft vermittelte.

Finanzminister Brady wirft ein, diese Botschaft sei Wasser auf die Mühlen von Perot.

Der Bundeskanzler erklärt, er verstehe dieses Problem. Er selber habe kürzlich in New York die deutsche Position in dieser Frage unmißverständlich vertreten.

Präsident Bush erklärt, mehr könne er von Deutschland nicht verlangen.

...

- 8 -

86  
93

AM Baker fügt hinzu, die amerikanische Seite unterstütze nachdrücklich eine europäische Verteidigungsidentität. Die entscheidende Frage sei, wie das Eurokorps mit der NATO verbunden werde. Wenn dem Eurokorps eine komplementäre Rolle zufalle, sei dies OK.

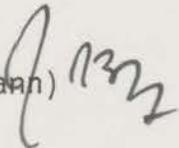
Präsident Bush fährt fort, sein innenpolitisches Problem bestehe darin, daß es in den Vereinigten Staaten immer mehr Leute gebe, die der Meinung seien, man könne das Geld, das die amerikanische Regierung zur Unterhaltung ihrer Streitkräfte im Ausland aufwende, besser zu Hause anlegen. Für ihn sei jedoch der entscheidende Punkt, daß die Vereinigten Staaten ein eigenes Interesse an der Truppenpräsenz in Europa hätten.

Der Bundeskanzler wiederholt, er sei überzeugt, daß mit der Schaffung der Politischen Union die Dinge in zwei Jahren so laufen würden, wie er dies geschildert habe.

AM Baker erklärt, entscheidend sei, daß man ein lebendiges und nicht in seiner Bedeutung abnehmendes Bündnis habe.

Der Bundeskanzler stimmt dem zu.

(Dr. Hartmann)



...

Vfg.:

Abteilungsleiter 2

ge0839

Bonn, den 13. Juli 1992

ge

85

78

Über

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

Herrn Bundeskanzler

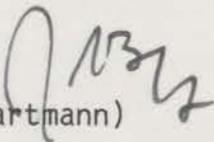
AS 12/7/92

Betr.: Vermerk über Ihr Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush im Rahmen eines Frühstücks im Hotel Vierjahreszeiten in München am Montag, dem 6. Juli 1992

Hiermit lege ich o.a. Vermerk über Ihr Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am Montag, dem 6. Juli 1992 mit der Bitte um Billigung vor.

Ich schlage vor, den Vermerk Herrn Bundesminister Kinkel sowie Herrn Bundesminister Waigel, die beide an dem Frühstück teilgenommen haben, zur persönlichen Kenntnisnahme zuzuleiten.

(Dr. Hartmann)



AL 2

**Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten Bush im Rahmen eines Frühstücks im Hotel Vierjahreszeiten in München am Montag, den 6. Juli 1992**[\[1\]](#)

Teilnehmer:

auf amerikanischer Seite:

- Präsident Bush - Außenminister Baker -- Finanzminister Brady - Sicherheitsberater Scowcroft

auf deutscher Seite:

- Bundeskanzler Kohl - Bundesminister Kinkel - Bundesminister Waigel - MD Hartmann - MDg Neuer

Der Bundeskanzler heißt Präsident Bush herzlich willkommen. Er hoffe auf gute Gespräche bei dem bevorstehenden Gipfel.

Es sei der erste G-7-Gipfel, der die dramatische Entwicklung in der Welt widerspiegle. In London habe noch Präsident Gorbatschow die Sowjetunion vertreten, die es inzwischen nicht mehr gebe. Wenn man in München sei, gingen die Gedanken auch zurück auf das Jahr 1938, dem Vorabend des 2. Weltkrieges. Jetzt - 1992 - habe man gute Chancen, die Grundlagen für eine lange Periode des Friedens zu legen.

Er hoffe, daß man sich bei diesem Gipfel vor allem auf die Gespräche konzentrieren könne und die Zahl der Papiere drastisch reduziere. Im übrigen könne man in München nicht alle Probleme der Erde lösen.

Ferner solle man dem Namen Rechnung tragen und Wirtschaftsfragen in den Mittelpunkt stellen. Die Weltwirtschaft befinde sich noch in einer Flaute und es sei daher wichtig darüber zu sprechen was man tun könne, um die Weltwirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Das zweite wichtige Thema sei die Hilfe für die GUS und die MOE. In diesem Zusammenhang spiele die Sicherheit der Kernkraftwerke eine bedeutsame Rolle. Schließlich gehe es um die Dritte Welt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Konferenz von Rio.

Im Zusammenhang mit der politischen Erklärung solle man auch etwas Substantielles zu Jugoslawien sagen.

Präsident Bush wirft die Frage auf, wie man das Thema GATT behandeln solle. Er glaube, man sei sich im Landwirtschaftsbereich inzwischen sehr nahe. Er habe hierüber gestern abend mit Präsident Mitterrand gesprochen. Es gebe Erwartungen seitens der Presse und man müsse daher in dieser Frage etwas tun.

Der Bundeskanzler erklärt, die Lage sei schwierig. Man könne nicht einfach wie schon auf früheren Gipfeln wiederholen, daß GATT ein Erfolg werden müsse. Auch er sei der Meinung, daß man zu einem Abschluß kommen könne, wobei nicht nur der Landwirtschaftsbereich eine Rolle spiele. Er frage sich daher, ob man auf dem Gipfel nicht einen festen Termin nennen und eine Erklärung abgeben könne, wonach die Staats- und Regierungschefs erwarteten, daß bis zu diesem Termin die Sache abgeschlossen werde und daß sie alles tun würden, um dies sicherzustellen.

Präsident Bush erklärt, er frage sich, warum man nicht heute hinter den Kulissen über den Landwirtschaftsbereich sprechen könne.

Der Bundeskanzler fährt fort, er habe seinen Vorschlag, einen Termin festzulegen, vor allem mit Blick auf die Öffentlichkeit gemacht. Gleichzeitig würde eine Terminvorgabe auch großen psychologischen Druck auf jeden Beteiligten ausüben. Er würde gerne wissen, ob dieser Vorschlag vor dem Hintergrund der amerikanischen Wahlen akzeptabel sei.

Präsident Bush erklärt: prinzipiell ja. Die amerikanische Seite habe eine gewisse Flexibilität, wenn auch nicht viel. Man könne daher mit der Europäischen Kommission hier in München einen Versuch machen. Natürlich wolle auch er nicht, daß diese Frage zum wichtigsten Tagesordnungspunkt des Gipfels werde und man dann scheitere.

Der Bundeskanzler erklärt, er sei für alles offen, aber skeptisch, ob man hier in München Fortschritte machen könne.

AM Baker erklärt, die amerikanische Seite glaube, daß es eine Chance gebe, im Landwirtschaftsbereich einen Kompromiß zu finden - nicht allerdings in den anderen Bereichen. Die Frage, ob man einen festen Termin setze, solle man prüfen. Die GAP-Reform habe Fortschritte ermöglicht, vorausgesetzt die EG sei bereit, die GAP-Reform in Handelsvereinbarungen umzusetzen. Mitterrand habe angedeutet, daß dies einen Versuch wert sei.

Der Bundeskanzler wirft die Frage ein, was Mitterrand genauer gesagt habe.

AM Baker erwidert, Mitterrand habe die Auffassung vertreten, man solle einen Versuch machen. In der Frage der Getreideexporte habe Mitterrand ursprünglich auf 18 % bestanden, sei dann aber auf 20 % hochgegangen. Vielleicht sei aber noch Flexibilität drin.

Die amerikanische Seite sei damit einverstanden, daß die internen Einkommenshilfen nicht gefährdet würden. Im Gegenzug müsse die EG der amerikanischen Seite bei den Exportsubventionen entgegenkommen. Ferner sei die amerikanische Seite mit der Friedensklausel einverstanden. Schließlich könne die amerikanische Seite eine kosmetische Formel in der Frage des "rebalancing" anbieten, eine Frage, die im übrigen mehr die Deutschen als die anderen interessiere. In all diesen Fragen - einschließlich des Bananenproblems - könne man eine Übereinkunft erzielen.

Der Bundeskanzler erklärt, die Frage sei nur, wann und von wem dies gemacht werden solle.

AM Baker erwidert, man könne sich hier in München mit der Europäischen Kommission zusammensetzen. Dies gehe allerdings nur, dann, wenn der Bundeskanzler wie auch Präsident Mitterrand mit dem grundsätzlichen Herangehen ("approach") einverstanden seien.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde die Angelegenheit mit Mitterrand aufnehmen. Es bleibe allerdings immer noch die Frage, was man tun soll, wenn Mitterrand nicht einverstanden sei.

AM Baker erklärt, wenn es gelinge, hier in München Fortschritte im Landwirtschaftsbereich zu erreichen, werde das für alle ein riesiger Erfolg sein.

Der Bundeskanzler erklärt, man sei in dieser Frage nicht weit auseinander. Er kenne aber seine Partner. Man müsse daher ein Szenario mit allen möglichen Alternativen haben, also auch für den Fall, daß in München nicht verhandelt werde. Er wiederhole daher seinen Vorschlag, daß man einen Termin nenne. Dies müsse nicht heute entschieden werden, aber er bäte doch darum, daß man sich diesen Punkt genau überlege.

Präsident Bush erklärt, das Problem liege darin, daß man einen schweren Mißerfolg riskiere, wenn dieser Termin nicht eingehalten werde.

Der Bundeskanzler erklärt, man müsse weiter über diese Frage nachdenken. Auf keinen Fall könne der Gipfel die gleiche Botschaft aussenden wie vor zwei Jahren.

Präsident Bush fährt fort, er habe mit Präsident Mitterrand auch ein gutes Gespräch über das Eurokorps gehabt. Leider habe man mit Frankreich in Sicherheitsfragen eine Reihe Differenzen. Mitterrand sei zwar der Meinung gewesen, die Amerikaner machten aus einer Mücke einen Elefanten. Er hoffe, daß man die Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich überbrücken werde.

Der Bundeskanzler erklärt, er wolle in aller Offenheit sagen, daß er den Eindruck habe, die Sache werde in Washington aufgebauscht. Er habe eine klare Position in dieser Frage. Deutschland sei Teil der NATO und brauche keinen diesbezüglichen Nachhilfeunterricht. Wir hätten unsere Treue zur NATO sowohl in Moskau als auch bei der Nachrüstung unter Beweis gestellt. Wir wünschten eine substantielle militärische Präsenz der USA in Europa.

Ebenso klar sei, daß wir die Europäische Union wollten. Beides sei kein Gegensatz. Im Rahmen der Europäischen Union müsse es auch eine europäische Sicherheitsidentität geben. Dies sei ohne weiteres mit der NATO in Einklang zu bringen. Präsident Mitterrand wisse im übrigen genau, daß mit Deutschland etwas anderes nicht machbar sei.

Präsident Bush erklärt, die deutsche Interpretation sei absolut in Ordnung. Leider sei die französische Interpretation davon etwas verschieden. Er habe dies Mitterrand auch deutlich gesagt, was diesem nicht gefallen habe. Frankreich nehme auch bei

den Sicherheitsfragen, die in der KSZE behandelt würden, eine unterschiedliche Position ein. Wenn von Frankreich das Signal ausgehe, daß die amerikanische Präsenz in Europa nicht länger erwünscht sei, so schaffe dies - auch vor dem Hintergrund der amerikanischen Wahlen - ernste Probleme. Perot verkünde, daß die Deutschen 50 Mrd. Dollar zahlen sollten. Dies sei natürlich eine törichte Idee.

Der Bundeskanzler wiederholt, mit uns gebe es in dieser Frage keine Probleme. Er sage das gleiche in Washington wie in Paris und habe sich auch im Deutschen Bundestag immer wieder deutlich geäußert.

Das Problem sei, daß sich auch für Frankreich die Welt verändert habe. Die Bedeutung der Nuklearwaffen nehme ab. Beispielsweise stelle sich die Frage nach der Rolle der Hades.

Präsident Bush erklärt, wir benötigten weiterhin verlässliche Sicherheitsstrukturen. Niemand wisse, was in der früheren Sowjetunion noch alles passiere. Er sei gestern in Polen gewesen, wo man sich große Sorgen über das mache, was in der Nachbarschaft vorgehe.

Er habe Mitterrand ausdrücklich gefragt, ob er wünsche, daß die Amerikaner in Europa blieben. Mitterrand habe dies bejaht. Andererseits habe man immer wieder den Eindruck, daß die Botschaft laute, die USA sollten sich aus Europa zurückziehen.

Der Bundeskanzler erklärt, dies sei nicht nur ein Problem Mitterrands. Es gebe auch andere Leute in Europa, die die Frage stellten, ob die USA tatsächlich in Europa bleiben wollten. Die Frage werde nicht mit Blick auf Präsident Bush gestellt.

Präsident Bush erklärt, man wolle oben nicht, daß dies passiere. Deshalb dürfe es auch keine entsprechenden Signale aus Europa geben.

Der Bundeskanzler wiederholt, er wolle, daß die Amerikaner in Europa blieben und man solle auch niemanden einen Vorwand für den Abzug liefern. Dies sei die klare Meinung hier in Europa. Auch Mitterrand wolle nicht, daß die USA sich zurückzögen, denn er wolle nicht alleine mit den Deutschen sein.

AM Baker erklärt, der Aufhänger für die amerikanische Präsenz in Europa ("the ticket to Europe") sei die NATO. Man habe die NATO an die veränderten Bedingungen angepaßt. Hierbei hätten Deutschland und die USA eng zusammengearbeitet. Leider sei Frankreich nicht bereit, die Rolle der NATO zu erweitern. Dies mache es schwieriger, zu Hause die Unterstützung für die weitere amerikanische Präsenz in Europa zu erhalten. Als Beispiel verweise er auf die schwierigen Diskussionen im Zusammenhang mit der geplanten peace-keeping-Rolle der NATO im Rahmen der KSZE. Frankreich betreibe in dieser Frage ständig Obstruktion - wie im übrigen immer dann, wenn es darum gehe, die Rolle der NATO zu erweitern.

Während Deutschland sage, daß die vorrangige Rolle des Europkorps dessen Einsatz im Rahmen der NATO sei, erkläre Frankreich, dies müsse noch ausgehandelt werden und beim Europkorps handele es sich um eine von der NATO unabhängige militärische Kraft. Im Grunde genommen wolle Frankreich die NATO schwächen.

Der Bundeskanzler erklärt, er sehe die Entwicklung in Europa anders, wobei Voraussetzung sei, daß der Vertrag von Maastricht ratifiziert werde, wovon er ausgehe. Ab Januar 1993 werde die EG in Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland, der Schweiz und möglicherweise auch mit Norwegen eintreten. Das bedeute, daß 1995 diese Länder Mitglieder der EG sein würden.

Schweden habe bereits erklärt, daß es seine Position gegenüber der NATO ändern werde. Das gleiche gelte für Finnland. Folglich werde die Europäische Union die NATO nicht schwächen, sondern stärken. Natürlich werde es eine andere NATO sein - aber dies wollten wir ja gemeinsam.

AM Kinkel erklärt, ihm sei bewußt, daß Frankreich bremse, wenn es darum gehe, der NATO eine neue Funktion zuzuweisen. Dies zeige sich insbesondere in der Diskussion um die Rolle der NATO im Rahmen der KSZE. In dieser Frage seien wir klar an der Seite der Amerikaner. Andererseits solle man auch etwas Geduld haben. Er sei zuversichtlich, daß es gelingen werde, die Sache im amerikanischen Sinne zu lösen.

Präsident Bush erklärt, er habe in diesem Punkt gewisse Zweifel. Er habe die Angelegenheit noch gestern mit Präsident Mitterrand erörtert und dabei die amerikanische Position unmißverständlich dargelegt. Präsident Mitterrand habe

erklärt, sich die Sache anzuschauen.

Der Bundeskanzler erklärt, in der NATO-Frage gebe es eine klare Haltung aller Europäer - bis auf Frankreich. Dies sei aber seit 30 Jahren so. Andererseits handele es sich nicht um eine Entwicklung, die ansteckend wirke.

Er habe vor ein paar Monaten vor dem Nordischen Rat in Helsinki gesprochen und dort deutlich gemacht, daß es keine EG-Mitgliedschaft à la carte geben könne, wonach die einen für den Handel, die anderen für die Sicherheit zuständig seien. Sicherheit aber bedeute NATO.

Man habe auf dem jüngsten ER in Lissabon mit den Iren gesprochen und ihnen klargemacht, daß sie nach der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages auch ihre Sicherheitsposition überdenken müßten. Insgesamt veränderten sich daher die Dinge zum Positiven.

Präsident Bush erklärt, den USA gehe es vor allem darum, eine self-fulfilling prophecy zu vermeiden, die besage, daß sich die USA aus Europa zurückziehen würden. Genau dies tue Präsident Mitterrand, der damit dem amerikanischen Volk die falsche Botschaft vermittele.

Finanzminister Brady wirft ein, diese Botschaft sei Wasser auf die Mühlen von Perot.

Der Bundeskanzler erklärt, er verstehe dieses Problem. Er selber habe kürzlich in New York die deutsche Position in dieser Frage unmißverständlich vertreten.

Präsident Bush erklärt, mehr könne er von Deutschland nicht verlangen.

AM Baker fügt hinzu, die amerikanische Seite unterstütze nachdrücklich eine europäische Verteidigungsidentität. Die entscheidende Frage sei, wie das Eurokorps mit der NATO verbunden werde. Wenn dem Eurokorps eine komplementäre Rolle zufalle, sei dies OK.

Präsident Bush fährt fort, sein innenpolitisches Problem bestehe darin, daß es in den Vereinigten Staaten immer mehr Leute gebe, die der Meinung seien, man könne das Geld, das die amerikanische Regierung zur Unterhaltung ihrer Streitkräfte im Ausland aufwende, besser zu Hause anlegen. Für ihn sei jedoch der entscheidende Punkt, daß die Vereinigten Staaten ein eigenes Interesse an der Truppenpräsenz in Europa hätten,

Der Bundeskanzler wiederholt, er sei überzeugt, daß mit der Schaffung der Politischen Union die Dinge in zwei Jahren so laufen würden, wie er dies geschildert habe.

AM Baker erklärt, entscheidend sei, daß man ein lebendiges und nicht in seiner Bedeutung abnehmendes Bündnis habe.

Der Bundeskanzler stimmt dem zu.

(Dr. Hartmann)

[1] BArch, B 136/59736, 86-93.

Head of Division 2

**Subject: The Chancellor's Meeting with U.S. President Bush over Breakfast at the Hotel Four Seasons in Munich on Monday, 6 July 1992**[\[1\]](#)

Participants from the American side:

- President Bush
- Secretary of State Baker
- Secretary of Treasury Brady
- National Security Adviser Scowcroft

Participants from the German side:

- Chancellor Kohl
- Foreign Minister Kinkel
- Minister of Finance Waigel
- MD Hartmann
- MDg Neuer

The Chancellor cordially greets President Bush. He hoped for good discussions at the Summit.

This was the first G-7 summit to reflect on the dramatic developments in international affairs. In London, President Gorbachev had still represented the Soviet Union, which no longer existed. If one was in Munich, one's thoughts would go back to the year 1938 and the eve of World War II. Now, in 1992, one had good chances to lay the foundations for a long period of peace.

His hope for the Summit was that they could focus on the talks and drastically reduce the number of papers. Besides, they would not be able to solve all the problems of the world in Munich.

Furthermore, they should consider the name of the G-7 Summit and make economics the central focus. The global economy was still in a slump, and it was therefore important to discuss could be done to stimulate it.

The second important issue surrounded assistance for the CIS and CEE states. In this context, the safety of nuclear power plants played an especially important role. Finally, this involved the Third World, not least against the background of the Rio conference.

Regarding the political declaration, something substantial should be said about Yugoslavia.

President Bush raises the question of how one should handle the GATT issue. He thought that they had reached rapprochement in the agricultural realm. He had discussed this with President Mitterrand yesterday afternoon. The press had certain expectations, and something therefore had to be done on this question.

The Chancellor explains that the situation was difficult. One could not simply repeat that GATT must be a success, as had been done at earlier summits. He also thought that they could achieve a successful conclusion in which not just agriculture played an important role. He was wondering whether a specific date could be set at the summit and whether a declaration could be issued, whereby the heads of state and government could expect the negotiations to be concluded by this date and that they would do everything to achieve this.

President Bush says that he wondered why they could not discuss agriculture behind the scenes today.

The Chancellor continues and says that he had raised his proposal to decide on a date in consideration of public pressure. At the same time, a deadline would exercise great psychological pressure on the participants. He wanted to know whether this suggestion was acceptable against the background of the U.S. elections.

President Bush says: in principle, yes. The American side had a certain flexibility, though not much. Thus, they could try to make an effort with the European

Commission here in Munich. He certainly did not want this question to turn into the crucial agenda issue of the Summit.

The Chancellor says that he was open to it but was skeptical that they could truly reach progress here in Munich.

Secretary of State Baker says that the American side thought there was a chance for compromise in the field of agriculture, but not in the other issue areas. They had to review the question about whether a deadline should be set.

The CAP reform made progress possible provided that the EC was ready to turn the CAP reforms into trade arrangements. Mitterrand had indicated that this was worth a try.

The Chancellor interjects the question of what exactly Mitterrand had said.

Secretary of State Baker replies that Mitterrand had advocated that they should give it a try. Regarding the question of grain exports, Mitterrand had initially insisted on 18% but had then gone up to 20%. Perhaps there was even further room for flexibility.

The American side agreed that the internal income subsidies must not be endangered. In return, the EC had to make concessions on export subventions. Furthermore, the American side agreed to the Peace Clause. Finally, the American side could offer a cosmetic formula regarding the question of "rebalancing," a question in which the Germans were more interested than anyone else. Consensus could be reached on all these questions - including the banana problem.

The Chancellor says that the question was only when and by whom should this be done.

Secretary of State Baker says that they could sit down here in Munich and have a detailed discussion with the European Commission. But this was only feasible if both the Chancellor and President Mitterrand agreed to the basic procedure ("approach").

The Chancellor says that he would review the issue with Mitterrand. There was still the question of what should be done if Mitterrand did not agree.

Secretary of State Baker says that it would be a tremendous success for everyone if we could manage to achieve success in the agricultural realm in Munich.

The Chancellor says that they were not far apart on this issue, but he knew his partners. They should therefore have a scenario for all potential alternatives, including the possibility that this would not be negotiated in Munich. Thus, he repeated his suggestion that they set a deadline. There was no need to decide today but his request was to look into this.

President Bush says that the problem was that they would risk severe failure if the deadline could not be met.

The Chancellor says that they had to consider this and keep it in mind. In any case, the message could not be the same as it was two years before.

President Bush continues and says that he and President Mitterrand had also had a good discussion about the Eurocorps. It was a pity that there were several differences with France on security questions. Mitterrand thought that the Americans were making a mountain out of a molehill. His hope was that they would be able to overcome their differences with France.

The Chancellor says that he would like to say openly that his impression was that the issue was inflated in Washington. He had a clear position on this. Germany was part of NATO and did not need extra lessons here. We had proved our loyalty as NATO allies in Moscow as well as during the Euromissile crisis. We wanted to have a substantial U.S. troop presence in Europe.

It was just as clear that we wanted the European Union. Both were not a contradiction. There would also be a European security identity within the framework of the European Union. There was no doubt that this could be brought into line with NATO. Additionally, President Mitterrand knew precisely that there was no other possibility with Germany.

President Bush says that the German interpretation was absolutely correct. Unfortunately, the French interpretation was somewhat different. He had explicitly

told Mitterrand this, which the latter did not like. France had a different position on the security questions that were discussed in the CSCE. If France sent out the signal that the U.S. presence in Europe was no longer desired, this would cause problems – also with respect to the U.S. elections. Perot announced that the Germans should pay \$50 billion. This was certainly a foolish idea.

The Chancellor repeats that we had no problems on this question. He said the same in Washington and Paris and had taken a clear position in the German Bundestag time and again.

The problem was that the world was changing for France as well. The relevance of nuclear weapons was decreasing. For instance, there was the question about the role of Hades.

President Bush says that we needed reliable security structures. Nobody knew what would happen in the former Soviet Union. Yesterday, he had been in Poland where they were concerned about the developments in their neighborhood.

He had explicitly asked Mitterrand whether he wanted the Americans to stay in Europe. Mitterrand had confirmed this. At the same time, they continuously had the impression that the message was that the U.S. should withdraw from Europe.

The Chancellor explains that this was not just Mitterrand's problem. There were others in Europe who questioned whether the USA really wanted to stay in Europe. The question was not raised with a view to President Bush.

President Bush says that they did not want this to happen. Thus, there must not be such signals from Europe.

The Chancellor repeats that he wanted the Americans to stay in Europe and one must not create a pretext for withdrawals. This was the clear position in Europe. Mitterrand also did not want the United States to withdraw because he did not want to be left alone with the Germans.

Secretary of State Baker says that NATO was the hook for America's presence in Europe ("the ticket to Europe"). NATO had been adapted to new conditions. Germany and the USA had closely cooperated in this. Unfortunately, France was not willing to expand NATO's role. This complicated efforts to receive domestic support for America's continued presence in Europe. As an example, he referred to difficult discussions in the context of NATO's envisaged peace-keeping role. France continuously filibustered this and all other questions related to the expansion of NATO's role.

Whereas Germany said that the Eurocorps' primary role was its use within NATO, France said that this had to be negotiated and that the Eurocorps was a military force that was independent from NATO. Basically, France wanted to weaken NATO.

The Chancellor says that he viewed developments in Europe in a different light. The precondition for his assessment was his assumption that the Maastricht Treaty would be ratified. Starting in January 1993, the EC would enter accession negotiations with Austria, Sweden, Finland, Switzerland, and perhaps also Norway. This meant that these states would be EC members by 1995.

Sweden had already announced that it would change its position toward NATO. The same applied to Finland. Thus, the European Union would not weaken NATO, but it would strengthen it. It would certainly be a different kind of NATO, but we collectively wanted this.

Foreign Minister Kinkel says that he was aware that France was putting on the brakes when it came to giving NATO new functions. This was especially apparent in the discussions about NATO's role within the CSCE. On this question, we were clearly on the Americans' side. At the same time, one should have some patience. He was confident that we would be able to resolve the issue in the American sense.

President Bush says that he had some doubts. Yesterday, he had discussed the issue with President Mitterrand, laying out the American position unambiguously. President Mitterrand had said that he would look into the matter.

The Chancellor says that all Europeans had a clear attitude on the NATO question – except France. This had been the case for the last 30 years. At the same time, this was not a contagious development.

A few months ago, he had had talks with the Nordic Council in Helsinki and had said

that EC membership could not be given á la carte, whereby some members were responsible for trade and others for defense. Security meant NATO.

After the most recent European Council in Lisbon, they had talked with the Irish and had made it clear to them that, in the wake of the Maastricht Treaty, they had to reconsider their position on security issues. Overall, things were going in the right direction.

President Bush explains that the crucial thing for the USA was to avoid a self-fulfilling prophecy where the USA would withdraw from Europe. This was exactly the kind of thing that President Mitterrand was pursuing, and this was the wrong message to the American people.

Secretary of Treasury Brady inserts that this message was grist to the mills of Perot.

The Chancellor says that he understood the problem. More recently, he had unmistakably expressed Germany's position in New York.

President Bush says that he could not demand more from Germany.

Secretary of State Baker adds that the American side strongly supported the emergence of a European defense identity. The decisive question was to what extent the Eurocorps was tied in to NATO. It was okay for the Eurocorps to have a complementary role.

President Bush says that his domestic problem was that there were more and more people in the United States who thought that the money the American administration was currently using to support its troops abroad would be better spent at home. However, the central point for him was that the United States had its own interest in its troop presence in Europe.

The Chancellor repeats that he was convinced that the creation of the political union would put things on track in two years, as he had just outlined.

Secretary of State Baker says that it was crucial to have a vibrant alliance and not one that was decreasing in relevance.

The Chancellor agrees.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59736, 86-93.